

Nachhaltige Entwicklung – konkret, hier und heute

Bernd Hamm¹

1. Was bedeutet Nachhaltige Entwicklung?

Das Kernproblem, auf das Nachhaltige Entwicklung eine Antwort sucht, ist schnell und leicht verständlich definiert: Die Menschheit zerstört ihre biologischen Lebensgrundlagen. Die Natur benötigt zurzeit etwa 1,4 Jahre um zu regenerieren, was wir Menschen insgesamt in einem Jahr verbrauchen. Als Stichworte mögen genügen: Klimawandel, Artensterben, Wüstenbildung, Verschmutzung der Gewässer, Nahrungsmittelknappheit. Ursache: Die reichen Gesellschaften mit ca. 20 % der Weltbevölkerung verbrauchen ca. 80% der Naturressourcen der Erde. Eine Antwort gibt die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Nachhaltig ist eine Entwicklung dann, wenn sie es gegenwärtigen Generationen erlaubt, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, ohne künftige Generationen in diesem Bestreben zu behindern². Wir können diesen ökologischen Imperativ nicht erfüllen, ohne unsere Ökonomie zu verändern, und dies verlangt wiederum, auch unsere Gesellschaft neu zu orientieren. Das ist der innere Zusammenhang zwischen den „drei Säulen der Nachhaltigkeit“.

Wir müssen handeln. Vor kurzem habe ich einen Überblick über die Nachhaltigkeitspolitiken auf der Ebene der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der deutschen Bundesregierung gegeben, auf die ich hier nicht eingehen kann³. Die Klimaverhandlungen in Kopenhagen sind gerade gescheitert – während die Menschen, die Kommunen, die Regionen, übrigens auch viele Unternehmen längst wissen, was zu tun ist und es auch tun. Es ist gespenstisch: Würde all das Geld, das weltweit für Klimaforschung und für Klimaverhandlungen ausgegeben wird, für praktische Maßnahmen eingesetzt, die wir ja alle kennen, dann wäre dem Klima weitaus mehr gedient. Die Kosten, die alleine durch die Konferenz in Kopenhagen entstehen, würden wahrscheinlich ausreichen, um eine mittelgroße Stadt vollständig ökologisch zu erneuern.

Hier soll es im Gegensatz zum Gipfeltheater darum gehen, was wir konkret, hier und heute, dort wo wir leben, tun können. Dazu ist es wichtig, die Rahmenbedingungen zu kennen, die einem solchen Programm nicht eben günstig sind:

(1) Die Globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht zu Ende, die Dominanz der Finanzkreisläufe ist nicht gebremst, die Spekulation nicht geringer geworden. Merrill-Lynch schätzt noch immer 630 Mrd. Dollar toxische Papiere alleine bei deutschen Banken. Die Politik des billigen Geldes und die Rettung angeschlagener Banken durch die Regierungen haben eine neue Spekulationswelle angeheizt.

(2) Der US-Dollar verliert seine zentrale Rolle als Reservewährung. Regierungen schichten ihre Währungsreserven um, einige Förderländer rechnen inzwischen Öl gegen andere Währungen ab. Damit entgeht den USA zunehmend die Möglichkeit, sich nahezu kostenlos die Produktionsergebnisse anderer Länder anzueignen. Das bedeutet Wohlstandsverluste dort, aber auch eine drastische Veränderung der Bedeutung der USA in Weltwirtschaft und Weltpolitik.

(3) In weiten Bereichen, vor allem bei langlebigen Konsumgütern besteht eine erhebliche Überproduktion, zumal bei nachlassender Binnenkaufkraft in Europa. Das zwingt zum Export – aber diese Abhängigkeit liefert uns auch dem Gang der Weltkonjunkturen aus. China hat enorme Produktionskapazitäten aufgebaut, ist außerdem stark in Zukunftstechnologien: Solar, Batterien, eMobilität. Unsere Unternehmen werden die Konkurrenz zu großen Teilen nicht

bestehen. Nur durch Einfuhrzölle wehren wir uns vor Schuhen, Textilwaren, Spielzeug aus China oder Indien.

(4) Der Anpassungsdruck in Europa nimmt mit dem Lissabon-Vertrag in der Folge neuer Mehrheitsentscheidungen und des größeren Einflusses des Europäischen Parlaments zu. Was soll geschehen, wenn neue Mitglieder wie z.B. Litauen in Brüssel an die Tür klopfen und ihren gerechten Anteil an den europäischen Institutionen, etwa den Europäischen Gerichtshof oder das Statistische Amt fordern? Die Harmonisierung der Steuern ist bisher an der geforderten Einstimmigkeit gescheitert – wie lange wird das noch gelingen? Das Bankgeheimnis ist längst in der Diskussion und vermutlich mittelfristig so nicht zu halten.

(5) Die Medien, zunehmend konzentriert und auf die Zielgruppe der kaufkräftigen Mittelschicht fixiert, sind weitgehend zum Infotainment degeneriert. Sie kommunizieren das Problem nur insoweit, als sich einzelne Umweltkatastrophen verkaufsfördernd einsetzen lassen, ohne dabei den systemischen Hintergrund aufzuklären⁴. Wichtige Medien (z.B. der Spiegel) argumentieren konstant gegen erneuerbare Energien und für Atomkraft.

Die globalen Rahmenbedingungen, eben dies hat Kopenhagen gezeigt, erschweren eine konsequente Politik für Nachhaltige Entwicklung. Die Wirtschaftskrise überdeckt alles. Die traditionelle Antwort darauf lautet: Wachstum. Dabei gibt es nichts, das ewig nur wachsen könnte. Die wissenschaftliche Kritik an unserem Wachstumsverständnis ist mindestens fünfzig Jahre alt, wird aber weder in der Volkswirtschaftslehre noch in der Politik ernst genommen⁵. In einer längerfristigen Perspektive ist unsere Definition von Wachstum falsch und irreführend. Es wird sehr viel mehr darum gehen, wie wir die Lebensbedingungen dort, wo die Menschen leben, in Gemeinden und Regionen, stabilisieren können. Wenn wir da, hier und heute, sparsam mit natürlichen Ressourcen umgehen, dann hilft das nicht nur den Regionen hier, sondern auch der globalen Ökologie.

2. Was können Leitlinien für nachhaltiges Handeln sein?⁶

Ökologisch: Vor allem müssen wir unseren materiellen Lebensstandard gründlich überprüfen und den Wohlstand, den wir für unerlässlich halten, mit deutlich weniger Naturdurchsatz herstellen. Dazu gibt es die bekannten Managementregeln:

- (1) Die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen auf Null reduzieren;
- (2) erneuerbare Ressourcen nur im Ausmaß ihrer natürlichen Regeneration nutzen;
- (3) Senken höchstens im Rahmen der natürlichen Absorptionsfähigkeit in Anspruch nehmen;
- (4) Klima und biologische Arten schützen; und
- (5) Großrisiken vermeiden.

An vielen Beispielen erkennt man, dass dies sehr einfach sein kann: Würde man alleine die Telefonbücher, die in Deutschland jedes Jahr oft noch in unterschiedlichen Varianten an alle Haushalte verteilt werden, durch einen kostenlosen Telefon-Auskunftsdienst ersetzen, dann würde ein gewaltiger Bedarf an Holz hinfällig, ohne dass wir an Wohlstand einbüßen müssten. Die gesamte Verpackungsindustrie gehörte hier auf den Prüfstand. Energie- und Rohstoffeffizienz sind in vielen Wirtschaftsbereichen höchst unbefriedigend.

Bei den nicht-erneuerbaren Ressourcen stoßen wir auf absolute Grenzen: Peak-Oil ist überschritten, Peak-Gas liegt vor uns, auch Peak-Uran ist nicht weit. Erneuerbare Energien sind dagegen überall ausreichend und zeitlich unbegrenzt verfügbar und durchgehend dann wirklich effizient, wenn sie dezentral eingesetzt werden. Es ist gerade die dezentrale Lösung, die den Regionen hilft, sparsam mit Ressourcen umzugehen und damit Wertschöpfung und

Beschäftigung zu halten. Alleine im Sektor erneuerbare Energien entstehen in Deutschland täglich 80 neue Arbeitsplätze. Dagegen exportieren wir heute Wertschöpfung in riesigem Umfang. Nahversorgung, Recycling, Reparatur, Nutzen statt Besitzen: Daraus wird regionale Beschäftigung, daraus wird Nachfrage.

Ökonomisch: Eine Ökonomie, die Wenigen viel gibt, die der Winner-gets-all-Logik folgt, ist schon im Ansatz falsch, weil die Reichen nicht konsumieren, sondern spekulieren. Sie erhöhen damit noch die Macht des Finanzsektors. Das gilt auch für Bankenrettung und Staatsverschuldung, für kapitalgedeckte statt der umlagefinanzierten Sozialversicherung. In all diesen Fällen vergrößern wir die Menge des Kapitals, das unentwegt auf der Suche nach lukrativen Anlagen um die Welt gejagt wird. Richtig wäre vielmehr eine Ökonomie, die möglichst allen genug gibt. Nur daraus wird Kaufkraft, Nachfrage, das fördert den Wirtschaftskreislauf. Faktisch tun wir heute genau das Falsche: Die Löhne kommen unter Druck, auch die kleinen und mittleren Unternehmen. Sieben Millionen Minijobber bekommen weniger als 400 Euro im Monat und haben nur einen minimalen Anspruch auf Rente. Sie fallen ebenso wie Arbeitslose und Kurzarbeiter für Steuern und Sozialabgaben aus. Es gibt eine deutliche Verschiebung der Existenzsicherungskosten von den Unternehmen auf den Staat – aber auf einen Staat, der die Steuern für die großen Unternehmen, für die großen Vermögen und Einkommen seit den 1980er Jahren laufend gesenkt hat. Die Finanzierung der sozialen Sicherung scheitert nicht an dem sich langsam verändernden Verhältnis zwischen Alt und Jung, sie scheitert daran, dass der Staat sich die Möglichkeit genommen hat, einen Ausgleich aus allgemeinen Steuermitteln zu gewährleisten. Wir müssen wir zwei Aufgaben lösen: für eine breite Einkommensstreuung sorgen, und neue Steuerquellen erschließen. Für beides gibt es Lösungen: Ein allgemeines Grundeinkommen kann dafür sorgen, dass der Wirtschaftskreislauf in Gang bleibt⁷. Dabei muss unterschieden werden zwischen einem monetären und einem realen Einkommen: Entscheidend ist das reale, das zu einem erheblichen Teil aus öffentlichen Infrastrukturleistungen bestehen kann (etwa wenn ein Kind ein „kostenloses“ Mittagessen im Kindergarten bekommt), und eben nicht das monetäre. Diese Einsicht eröffnet kommunale und regionale Handlungschancen. Um aber öffentliche Verwaltung, Infrastrukturen und Umverteilung sichern zu können, brauchen wir neue Steuerquellen. Es liegt nahe, die – neben Vermögen und Erbschaften - bei den Kapitalbewegungen zu suchen. Damit würde dann, erwünschter Nebeneffekt, auch das Tempo der spekulativen Kapitalbewegungen reduziert. Im Dezember 2009 hat der Europäische Rat die Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer beschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob daraus bei 27 Mitgliedstaaten und unter dem zweifellos kräftigen Beschluss der Lobbies eine wirksame Praxis wird. Ist der Staat, ist Europa dazu noch entschlossen und handlungsfähig genug?

Sozial: Nach der Brundtland-Definition von Nachhaltiger Entwicklung geht es darum, heutigen Generationen gerechte Lebenschancen zu sichern, ohne künftigen Generationen diese vorzuenthalten. Also verstehe ich unter sozialer Nachhaltigkeit: ein gerecht verteiltes existenzsicherndes Einkommen; soziale, kulturelle, politische Teilhabe; und Chancengleichheit – im Kern also nichts anderes als die Durchsetzung der Menschenrechte im globalen Maßstab. Über Einkommen ist oben schon das Wichtigste gesagt. Entscheidend ist hier die breite Verteilung des gesellschaftlich produzierten Nutzens. Die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist Bildung- aber eben gerade nicht Bildung als passgenau auf die Interessen der Unternehmen ausgerichtete Vorleistung für die Wirtschaft, sondern breite Bildung, die es jedem ermöglicht, die Vielfalt seiner Talente zu entwickeln, die die informierte, urteilsfähige Teilhabe am demokratischen Prozess erlaubt, Bildung für Verantwortung. Auch hier haben seit den 1980er Jahren die Bestrebungen zugenommen, die Gesellschaft zu spalten in (vermeintlich genetisch bevorzugte) „Eliten“ auf der einen Seite und folgsame Schafe auf der anderen. Zur Chancengleichheit gehört auch ein anderer

Umgang mit den Alten, nicht nur in ihrem, sondern auch im gesellschaftlichen Interesse. Im Moment behandeln wir sie wie eine Last, die wir irgendwo abladen wollen, um uns dann darum nicht mehr kümmern zu müssen – eine unverzeihliche Vergeudung! Wir brauchen sie gerade da, wo Lebenserfahrung, Geduld, Kreativität nötig sind, in der Pflege z.B., in der Kindererziehung, beim Schaffen und Betreiben von Dorfkneipen und Dorfläden, in der Nachbarschaftshilfe, in der Kommunalpolitik und an vielen anderen Stellen, die heute nicht marktfähig sind, wo voll bezahlte Jobs nicht zur Verfügung stehen. Also sollten wir flexible Übergänge schaffen, die zwischen 60 und vielleicht 75 Jahren eigene Entscheidungen darüber erlauben, ob, wo und wie intensiv man sich für solche Aufgaben engagieren will. Rentner benötigen meist keinen vollen Lohn, aber sie benötigen das Gefühl, gebraucht zu werden und nützlich zu sein, sie brauchen gesellschaftliche Anerkennung. Auch Lebenszeitarbeitskonten mögen dafür nützlich sein, sofern sie die Schwere der Tätigkeit berücksichtigen. Zur Chancengleichheit gehört auch, dass wir Kinderarmut verhindern, verhindern, dass daraus Erwachsenenarmut wird, die sich über Generationen fortsetzt. Schließlich müssen wir bedenken, dass sich die Haushaltsstrukturen dramatisch verändert haben: Die Normalfamilie mit Eltern und Kindern macht z.B. in Deutschland gerade noch etwa 40 % aller Haushalte aus, Patchwork-Familien, Wohngemeinschaften, rasch wechselnde, fluide Konstellationen, erzwungene Mobilität charakterisieren die Mehrheit. Darunter leiden lokale Stabilität, Kenntnis, Verlässlichkeit und Verantwortung. Der Staat wäre gänzlich überfordert, wollte er das alles ausgleichen. Das muss er auch nicht. Aber er sollte Bedingungen schaffen, die Eigeninitiative und Selbstorganisation belohnen und nicht bestrafen oder bürokratisch behindern. Wir haben schon seit langem einen informellen Wirtschaftssektor, der gesellschaftliche Werte in großem Umfang schafft, aber dafür wenig Anerkennung findet: Schwarzarbeit gehört dazu, der nichtmonetäre Austausch von Gütern und Dienstleistungen, der in dörflichen Gesellschaften seit jeher üblich war. Unterstützen kann man sie durch geeignete Infrastrukturen, etwa Häuser der Eigenarbeit, wo Werkzeug ausgeliehen, handwerklicher Rat geholt werden kann; durch die Förderung von Konsumenten-Produzenten-Genossenschaften, wo Haushalte mit landwirtschaftlichen Betrieben Verträge schließen über Menge und Qualität bestimmter Nahrungsmittel gegen Abnahmegarantien, möglicherweise gegen Arbeitsleistung statt gegen Geld. **Grundsätzlich sollten wir gegen den Trend zur Individualisierung alles belohnen, was Solidarität, was Gemeinsamkeit schafft, z.B. genossenschaftliche Wohnformen, gemeinsame Projekte. Da ließen sich über gemeinschaftliche Einrichtungen nicht nur ökologische Kosten sparen, sondern auch spezielle Wohnbedürfnisse besser befriedigen.**

Ein ganz wesentliches Instrument dazu sind Regionalwährungen, wie sie gegenwärtig überall aus dem Boden schießen: Geldeinheiten, die nur regional akzeptiert werden, die also parallel zum Euro gelten, im Unterschied zu diesem aber schneller umlaufen und auch für Leistungen gegeben werden, die keinen Marktwert haben⁸. Das schafft nicht nur zusätzliche Kaufkraft, es stärkt auch regionale Identifikation. Der gesamte Kanon solidarischer Ökonomie ist hier angesprochen⁹.

Schlussfolgerung: Es gibt gute Gründe und zahlreiche Möglichkeiten, sich von der finanzmarktgetriebenen Globalisierung zumindest teilweise abzukoppeln. Ressourcen einsparen, dezentralisieren, Regionen stabilisieren, möglichst breite Einkommensverteilung anstreben, Wertschöpfung, Beschäftigung internalisieren, neue Einkommen generieren. Nachhaltige Regionalentwicklung ist ein Königsweg – aber nicht in gegenseitiger Konkurrenz, sondern in Kooperation, Solidarität und Teilhabe, und in globaler Verantwortung.

Übrigens: Für mindesten eine Institution in unserer Gesellschaft sind solche Überlegungen nicht neu: die Kirchen. Das Bischofswort zu Gerechtigkeit, Friede, Bewahrung

der Schöpfung belegt das. Aber wo sind sie? Wieso sind sie nicht Vorreiter, Vorbilder der Bewegung? Was tun sie praktisch im eigenen Umfeld? Wie kann man sie dafür gewinnen?¹⁰

3. Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Wohnen

Wohnen 1, Bau: Hoch- und Tiefbau gehören zu den größten Ressourcenverschwendern: Flächen- und Materialverbrauch, Erschließungsaufwand, Transporte belasten die Ökobilanz enorm. In Deutschland nimmt die überwiegend versiegelte Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Tag um etwa 120 ha zu. Die Bundesregierung will in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie diesen Wert auf höchstens 30 ha reduzieren. Am wichtigsten dafür ist die Nutzung bestehender Potenziale, also eine entschiedene Priorität für kommunale Innen- gegenüber der Außenentwicklung. Das lässt sich durch die konsequente Nutzung bestehender innerörtlicher Reserven, also durch Innenverdichtung, durch entsprechende Bauleitplanung, eine zweckdienliche Gestaltung der Grundsteuer, aber auch durch die Abschöpfung planungsbedingter Wertsteigerungen erreichen. Es ist bekannt und durch vielfache Erfahrung belegt, dass durch geeignete Dämmung, Überprüfung der Heizungs- und Steuerungstechnik Einsparpotenziale alleine im Energiebereich von etwa 50 % im Mittel erreicht werden können. Es gibt genaue Untersuchungen, und ist bei großen Wohnungsunternehmen gängige Praxis, in welchen zeitlichen Zyklen Wohngebäude in welchen Teilen erneuert werden müssen. Wenn die Wärmeversorgung im Contracting betrieben wird, kann regelmäßig Nutzen aus dem technischen Fortschritt gezogen werden. Eine Luxemburger Untersuchung rechnet mit bis 35% Energieverlust durch falsches Verhalten – das kann durch entsprechende Haustechnik reduziert werden. Wenn im Neubau heute der Passivhausstandard unterschritten wird, sollte dies besonders begründet werden müssen; aber auch im Bestand kann er in vielen Fällen erreicht werden. Wer sein Dach oder eine Fassade erneuern muss, kann mit oft nur geringen Mehrkosten eine dach- oder fassadenintegrierte Photovoltaikanlage einplanen. An der Verbesserung der Energieeffizienz von PV wird laufend gearbeitet, aktuelle Themen für Neuentwicklungen sind z.B. transparente PV, Verbesserung der Dünnschichttechnologie, PV auf flexiblen Kunststoff- oder Stahlfolien. Kleinwindanlagen sind ebenso in der Entwicklung wie kleine Blockheizkraftwerke. Völlig unverständlich ist, weshalb wir immer noch Wasser in Trinkwasserqualität für die WC-Spülung oder die Waschmaschine verwenden, wo Regen- oder Brauchwasser leicht verfügbar ist. Manches ist geradezu verblüffend einfach: Wer Innenwände weiß statt dunkel streicht, spart dadurch schon eine Menge Lichtenergie. Neue Beleuchtungstechnik ist effizient, langlebig und wartungsarm.

Statt selbstverständlicher Normalfall zu sein, fristet ökologisches Bauen und Erneuern in der Ausbildung der Architekten oft noch immer ein Nischendasein. Das würde sich leicht und wirkungsvoll ändern lassen, wenn die Honorarordnungen entsprechend angepasst würden. Deutliche Defizite bestehen auch in der Ausbildung von Handwerkern. Vor allem muss aber den Eigentümern immer wieder vorgerechnet werden, dass eine kurzfristige Investition sich langfristig oft als Gewinn erweist.

Wohnen 2, Eigentum: Die Wohnung ist für die weitaus meisten Menschen der Mittelpunkt ihres Lebens, der Ort, an dem sie die meiste Zeit verbringen, Ruhe und Sicherheit finden, den sie nach eigenen Wünschen gestalten, der Privatbereich, der Intimraum. Die Wohnung und die Nachbarschaft sind Ankerpunkt für lokale Identität, Engagement und Verantwortung. Die Wohnkosten sind aber auch ein erheblicher Posten im Haushaltsbudget. Wer über selbstgenutztes Wohnungseigentum verfügt, wird nicht nur damit besonders pfleglich umgehen, sondern sich auch für das Umfeld engagieren. Was aber bedeutet Eigentum? Das Abstraktum „Eigentum“ schließt eine ganze Reihe unterschiedlicher Rechte in sich ein, etwa

das Recht, eine Sache zu nutzen, andere von der Nutzung auszuschließen, anderen die Nutzung nur gegen eine Gegenleistung zu gestatten, die Sache zu verändern, zu zerstören, anderen zu übereignen, zu vererben etc.

Vielleicht lohnt es sich ja, sich diese Rechte als voneinander unabhängige vorzustellen und die Eigentumsfrage neu zu denken. Man könnte z.B. dran denken, dass Bewohner eines älteren Miethauses bereit wären, ihr Haus selber zu renovieren. Sie bekommen dazu das nötige Material und die handwerkliche Anleitung. Ihr Lohn aber wird nicht in Geld ausgezahlt, sondern besteht in Eigentumsrechten. Dafür gibt es ein fein abstimmbares Instrumentarium, vom Kündigungsschutz über Mitpreisgarantien und Mietpreissenkungen bis hin zu vollständigem Eigentum. Das Modell kann besonders interessant sein für Kommunen oder anderer Wohnungsgesellschaften, die größere Bestände besitzen und bisher die Kosten gescheut haben, Modernisierungsmaßnahmen vorzunehmen, ja eigentlich an diesem Eigentum gar kein besonderes Interesse mehr haben. Es könnte in eine genossenschaftliche Eigentumsform überführt werden. Für Menschen, die vorübergehend arbeitslos sind, kann das besonders attraktiv sein, weil sie so dauerhaft ihre Wohnkosten senken können.

Vor allem im Alter können kollektive Wohnformen eine interessante Lösung sein. Sie würden z.B. gemeinsame Einrichtungen erlauben, die ein einzelner Haushalt nur unregelmäßig nutzt und alleine gar nicht finanzieren möchte, z.B. eine Werkstatt, eine Gästewohnung, eine Wohnung für Pflegepersonen etc. Gemeinden, die eine aktive Bodenpolitik treiben, können Bauland nur gegen Auflagen abgeben, die weiter gehen als es das Baurecht erlaubt. Kreative Architektur müsste Formen finden, die ganz unterschiedliche Wohnbedürfnisse erfüllen, etwa flexible Bauformen, die es erlauben, Wohnen leicht zusammen zu legen oder in kleinere Einheiten aufzuteilen.

Wohnungsbörsen können helfen: Im gar nicht seltenen Fall, dass eine ältere Frau alleine in einem Einfamilienhaus lebt, in dem sie nur ein Zimmer heizt und in das sie nicht investieren kann und will, wäre sie vielleicht bereit, das Haus für eine Familie mit Kindern frei zu machen, wenn man ihr ohne zusätzliche Kosten und Umstände zu einer Zweizimmerwohnung mit Zentralheizung und Aufzug verhelfen würde, ohne dass sie das gewohnte Quartier verlassen müsste. Die neuen Eigentümer sind leichter vom Sinn ressourcenschonender Investitionen zu überzeugen.

Wohnen 3, Siedlung: Die Wohnung ist nicht isoliert, sie hat eine Position in einem Gebäude, in einer Siedlung und ist über Verkehr, Ver- und Entsorgung mit Energie, Wasser, Abfällen, Kommunikation in weitere Kreisläufe eingebunden. Darüber wird in größerem Maßstab entschieden. Dezentrale Versorgungssysteme sind nicht nur effizienter, sind auch direkter Beteiligung besser zugänglich. Energie ist nur ein Beispiel, organische Reststoffe nur ein Anwendungsbereich. Tierische und menschliche Fäkalien, biogene Haushalts- und Großküchenabfälle, Abfälle aus Schlachthöfen und Tierkörperverwertung u.v.a.m. können zu Biogas fermentiert und in Blockheizkraftwerken hocheffizient zur Versorgung mit Wärme und Strom eingesetzt werden. Das setzt geeignete Sammelsysteme und Nahwärmenetze voraus. „Waste to energy“ ist eine kluge Strategie, die durch Wind- und Solarenergie zu einer CO₂-neutralen und darüber hinaus kostengünstigen Versorgung ergänzt werden kann. Es bietet sich an, bestehende Autobahnen in Energiealleen umzuwandeln mit Windkraftanlagen und Freiflächen-Photovoltaik an den Rändern. Auch größere Parkflächen können mit PV überdacht werden und damit den Autos im Sommer Schatten, im Winter Schutz vor Regen und Schnee bieten. Vor allem anderen aber muss es auch hier um die Einsparung von Energie gehen, z.B. bei der Straßenbeleuchtung, den Verkehrsampeln, den Flutlichtanlagen auf Sportplätzen, der Beleuchtung öffentlicher Gebäude, Denkmäler, Brunnen.

Ein Beispiel aus unserer Arbeit: Das Dorf Beuren im Hochwald verbraucht heute, bei etwa 1.000 Einwohnern, rund 11 Mio kWh Energie, Strom und Wärme, ohne Mobilität. Das

entspricht ungefähr einer Mio Liter Heizöl im Jahr und einem Ausstoß von rund 3.000 t CO₂. Theoretisch kann die Hälfte davon eingespart, die andere Hälfte CO₂-neutral ersetzt werden kann. Das setzt voraus, dass alle Gebäude optimal gedämmt werden. Heute fließen von den Heizölkosten pro Jahr fast 60 Prozent, also 300.000 EUR, ins Ausland, 120.000 bleiben irgendwo in Deutschland, nur 80.000 bleiben in der Region. Das ergäbe theoretisch einen Zuschuss von 20.000 EUR für jedes der 200 sanierungsbedürftigen Häuser. Wenn wir die hier behalten könnten, ließen sich daraus Arbeit und Infrastruktur finanzieren. Der Strombedarf der Gemeinde kann mehr als gedeckt werden, in erster Linie durch Windkraft – bei drei 3 MW-Anlagen würde die Gemeinde sogar exportieren können. Zudem prüfen wir Freiflächen-PV. Vielleicht die Hälfte unserer Arbeit dort hat übrigens nichts mit Technik, sondern mit sozialen Vermittlungstätigkeiten zu tun.

Mannigfache Vorschläge gibt es für die intelligentere Organisation der Mobilität: Mehr Nutzungsmischung, mehr elektronische Kommunikation, mehr Telearbeit können Verkehre ersetzen. Hasselt in Belgien macht uns seit Jahren vor, dass ein Nulltarif im ÖPNV finanzierbar ist, und eine ganze Reihe von Städten experimentieren mit solchen Modellen, z.B. Tübingen. An meinem Lehrstuhl ist das Konzept für eine Nahverkehrsabgabe entwickelt worden, die eine Jahresnetzkarte für alle Haushalte im Versorgungsbereich einschließt. Damit würde es sogar attraktiver, das Netz auszudehnen und den Takt zu verdichten. Moderne Seilbahnen erleben eine Renaissance insbesondere in Städten mit deutlichen Niveauunterschieden – wie Luxemburg oder Trier.

Familie und Nachbarschaft können die zahlreichen Dienstleistungen nicht mehr erbringen, die ihnen früher einmal abverlangt wurden, von Altenpflege über Sicherheit im Wohnquartier bis hin zur Feuerwehr. Hohe Mobilität und neue Haushaltsformen verhindern Stabilität und grundsätzliche Solidarität. Sekundäre, kommerzielle Dienstleistungen haben diese Rolle übernommen. Aber gerade in ländlichen Räumen lässt sich damit oft kein Geschäft mehr machen, und damit werden die technischen und sozialen Infrastrukturen zunehmend ausgedünnt und die Menschen wandern ab. Das muss nicht so sein: Insbesondere ältere Menschen, die bereits Rente beziehen, sind auf ein existenzsicherndes Einkommen weniger angewiesen als auf eine sinnvolle Aufgabe, auf gesellschaftliche Anerkennung. Warum schaffen wir nicht Bedingungen, die sie ermutigen, einen Dorfladen (am besten mit Angeboten aus regionaler Produktion, mit Poststelle, Bestellcenter, Mini-Apotheke, Reinigung, Carsharing-Station) und eine Dorfkneipe (warum nicht in Verbindung mit Internet-Café, Schach- und anderen Spielen, Tauschbörsen, Zeitungen, Gesprächskreisen) oder Veranstaltungen im Gemeindezentrum (Kino, Volkshochschule, Gymnastik, Sprechstunde mit Ärzten und Psychologen, Mundarttheater) zu organisieren?

Im Neubau z.B. sind die rechtlichen und planerischen Instrumente vorhanden, um Ressourcenschonung zu bewirken. Sie werden nicht immer genutzt. Vielleicht sollte man das Baurecht, vielleicht die Bauleitplanung überprüfen und so anpassen, dass ökologische Ziele tatsächlich erreicht werden. Viel interessanter ist freilich der Baubestand, aber eben auch viel schwieriger, vor allem in Geschosswohnungen. Da gibt es keine Rechtsinstrumente, die sich durchsetzen liessen. Deshalb muss man mit den Eigentümern verhandeln, und das geht nur, wenn man etwas anzubieten hat. Grosse Eigentümer kann man davon überzeugen, dass sich Investitionen langfristig lohnen. Sie werden aller Erfahrung nach vor allem auf Förderprogramme reagieren. Die sind auch sinnvoll, weil damit volkswirtschaftliche Kosten eingespart werden können.

4. Fazit

Ogleich die globalen Rahmenbedingungen entschiedenes Handeln im Sinn nachhaltiger Entwicklung eher behindern, gibt es auf der Ebene der Gemeinden und Regionen mannigfache Möglichkeiten dazu. Dazu sind nicht einmal neue Forschungen oder besondere Gesetze nötig. Das Problem des Nachhaltigen Wohnens hat nichts mit mangelnden Kenntnissen, mit fehlenden Technologien zu tun – es ist ein soziales Problem, das soziale Innovationen erfordert. Das wird zu wenig eingesehen, es ist personalintensiv und wird in der Regel nicht gefördert. Das braucht auch neue, Kreativität fördernde Projektformen, an deren Erfahrung sich lernen lässt. Man sollte viel häufiger Modellprojekte zulassen, in denen bestimmte Vorschriften und Hindernisse zunächst vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, wo Experimente gewagt, Fehler gemacht, Wege korrigiert werden können.

- ¹ Bernd Hamm, geb. 1945, war 1977-2008 Professor für Siedlungs-, Umwelt und Planungssoziologie an der Universität Trier.
- ² Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. 1987
- ³ Nachhaltige Entwicklung: Der lange Weg von Stockholm nach Kopenhagen; www.online-ringvorlesung.de
- ⁴ Bernd Hamm: Medienmacht. Wie und in wessen Interesse unser Bewusstsein manipuliert wird, in: Medienmacht und Widerspruchserfahrung, hg. von Peter Bathke et al., 2007
- ⁵ Beginnend mit William Kapp: Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft. 1950; vgl. auch Ezra J. Mishan: Die Wachstumsdebatte, 1980; Hermann Bruns: Neoklassische Umweltökonomie auf Irrwegen. 1995
- ⁶ Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, 2008; Lester R. Brown: Plan B 3.0. So retten wir unsere Welt 2008; Bernd Hamm: Die soziale Struktur der Globalisierung. 2006
- ⁷ Schon 1983 hat André Gorz argumentiert, dass uns auf Dauer nichts anderes übrig bleiben wird, als den Konsum zu subventionieren; vgl. Le chemin du paradis; zur aktuellen Diskussion vgl. z.B. <http://grundeinkommen.de/>
- ⁸ Inzwischen bereits klassisch: Bernard Lietaer: Das Geld der Zukunft. München 1999; Margrit Kennedy und Bernard Lietaer: Regionalwährungen. München 2004; Regiogeld, hg. von der Lokalen Agenda 21 Trier, 2009; Bundesverband Regogeld
- ⁹ Vgl. z.B. die Zeitschrift Contraste; auch:
- ¹⁰ Z.B. [Christian Dahm \(Autor\), EnergieAgentur.NRW \(Herausgeber\): Energiesparen in Kirchengemeinden: Ein praktischer Leitfaden.](#) 2009